

**2006**

## Presseerklärung

Berlin, den 21. Dezember 2006

### Täuschungsmanöver in Berlin-Friedrichfelde

Auf Vorschlag der PDS-Linkspartei wurde auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichfelde ein Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ errichtet.

Das Bürgerbüro e. V. zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur betrachtet den Vorgang als Täuschungsmanöver. Ein solcher Gedenkstein müsste in seiner Aufschrift den Text „Opfer des Sozialismus“ zeigen. Mit der derzeitigen Aufschrift wird verschleiert, dass der Sozialismus auch nach Stalin bis 1989, in manchen Ländern bis heute, zahlreiche Opfer gekostet hat.

Mit der Umbenennung des Gedenksteins würde zugleich darauf verwiesen, dass in Berlin-Friedrichfelde nicht nur Sozialisten gedacht wird, die Opfer des Nationalsozialismus waren, sondern auch solchen, die selbst zu Tätern wurden. Zu diesen Tätern gehört auch der MfS-General und langjährige Chef der HVA , Markus Wolf.

Das Bürgerbüro e. V., das zahlreiche Opfer des Sozialismus berät und betreut, fordert die PDS-Linkspartei auf, um der Wahrheit willen, die Inschrift des Gedenksteins zu korrigieren. Auf einem Friedhof sollte nicht gelogen werden.

Dr. Ehrhart Neubert (Vorsitzender)  
Freya Klier (Vorstand)  
Siegfried Reiprich (Vorstand)

---

## Presseerklärung

Berlin, den 9. November 2006

### Bürgerbüro begrüßt Umdenken des Bundestages!

Mit Genugtuung nimmt das Bürgerbüro e.V. zur Kenntnis, dass im Deutschen Bundestag die Entscheidung über die Novellierung des Stasiunterlagengesetzes verschoben worden ist. Wir erwarten, dass nunmehr eine Lösung gefunden wird, die die Aufarbeitung in der MfS-Frage nicht behindert. Eine Verlängerung der Überprüfungsfrist um 5 Jahre würde hinreichend Zeit geben, die Zukunft des Stasiunterlagengesetzes und der BStU im Sinne der Friedlichen Revolution zu regeln.

Beim Bürgerbüro haben sich in wenigen Tagen 530 Unterstützer des **Offenen Briefes** an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages eingebracht. In diesem Brief werden neben der Verlängerung der Überprüfungsfristen neue Schritte zur juristischen Aufarbeitung des SED-Unrechts gefordert. Der Wortlaut des Offenen Briefes kann hier Bürgerbüro abgerufen werden.

Der neue Arbeitsbericht „ Inspiriert durch 1989 – 10 Jahre Bürgerbüro e.V.“ ist ab 15. November 2006 lieferbar.

Dr. Ehrhart Neubert (Vorsitzender)  
Dr. Helmut Nicolaus (Stellvertretender Vorsitzender)  
Andreas Bertram, Freya Klier, Siegfried Reiprich

---

## Presseerklärung

Berlin, den 17. Oktober 2006

### Bundestag in der Gefahr geschichtspolitischer Ignoranz

Ein Entwurf zur Novellierung des Stasiunterlagengesetzes (StUG), der von der CDU/CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am kommenden Donnerstag in den Bundestag eingebracht werden soll, sieht vor, dass zukünftig die Kirchen und alle anderen nichtöffentlichen Arbeitgeber das Recht zur Überprüfung auf Stasimitarbeit gänzlich verlieren und zudem Stasi-Unterlagen früheren Mitarbeitern „im Rechtsverkehr nicht mehr vorgehalten und nicht zu [ihrem] Nachteil verwertet werden“ dürfen.

Für das Bürgerbüro - Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur ist es bestürzend, dass der Bundestag seine Politik der Fürsorge für die Täter des SED-Regimes fortsetzt. Das Parlament hat im Jahre 2003 diesen Tätern eine Rentenerhöhung und -nachzahlung gewährt und in diesem Jahr auch die Unfallversorgung für MfS-Offiziere im Dienst ermöglicht. Nun soll auch eine Überprüfung der Täter beendet werden und den Tätern dürfen aus ihren Verstrickungen mit dem MfS keine Nachteile mehr erwachsen. Das Bürgerbüro e.V. und viele Opfer der SED-Diktatur sind betroffen über diese geschichtspolitische Ignoranz.

Dr. Ehrhart Neubert, Vorsitzender  
Für den Vorstand: Siegfried Reiprich

Stellungnahmen [Bürgerbüro](#) | [uokg](#)

---

## Presseerklärung

Berlin, den 4. Oktober 2006

### Bundespräsident würdigt Aufarbeitung der SED-Diktatur

Aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit verlieh der Bundespräsident der ehemaligen Mitarbeiterin des Bürgerbüros - Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, Hildigund Neubert, das Bundesverdienstkreuz. Außerdem wurden mit diesem Orden ausgezeichnet: der Schriftsteller Walter Kempowski, der viele Jahre in Bautzen inhaftiert war, Gisela Gneist, die schon als 15jährige im Speziallager Sachsenhausen interniert wurde und heute Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sachsenhausen 1945-50 ist, die Fernsehjournalistin Edda Schönherz, die wegen Republikflucht im Zuchthaus Hoheneck einsaß und Prof. Volkhard Knigge, Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora, der auch das Museum des dortigen sowjetischen Speziallagers leitet.

Diese Auszeichnungen lassen hoffen, dass in Deutschland die demokratischen Traditionen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und den Kommunismus stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Alle großen Nationen Europas, wie England Frankreich und Polen würdigen ihre Freiheitstradition. Nicht allein der Einsatz für einen vorderen Platz im Weltfußball verdient eine Auszeichnung in Deutschland, sondern auch das politische Ringen um die Freiheit.

Es ist deswegen ein schönes Zeichen, dass neben Franz Beckenbauer und anderen Personen des öffentlichen Lebens auch die engagierten Vertreter der Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen mit dem Bundesverdienstkreuz gewürdigt wurden.

Dr. Helmut Nicolaus, Stellvertretender Vorsitzender

---

## Presseerklärung

Berlin, den 15. Mai 2006

### Expertenkommission „Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“

Die schon an die Öffentlichkeit gelangten Empfehlungen der Expertenkommission für die Entwicklung eines „Geschichtsverbundes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ bedürfen dringend der öffentlichen Debatte.

Das Anliegen, die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu fördern, ist begrüßenswert. Das Ergebnis der Arbeit ist unzureichend. Die Kommission ist als unmaßgebliche und keinesfalls repräsentative Gruppe (fehlende Opferverbände, regionale Initiativen, andere wissenschaftliche Ansätze) zu betrachten.

Der Kern der Empfehlungen der Expertenkommission betrifft die Schaffung von drei Aufarbeitungsschwerpunkten (Herrschaft – Gesellschaft - Widerstand, Überwachung und Verfolgung, Teilung und Grenze), die unter inhaltlichen Gesichtspunkten nahezu die gesamte deutsche Aufarbeitungslandschaft erfassen soll. Drei Aufarbeitungsinstitutionen sollen als Träger fungieren, die „Stiftung Aufarbeitung“, die BStU und die Gedenkstätte Berliner Mauer.

Wir halten die Empfehlungen der Kommission nicht für sachgerecht. Im Fall einer äußerst kostspieligen Realisierung würde die ohnehin unzureichende Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft beschädigt. Zudem fehlen nahezu alle rechtlichen Instrumente, das Vorhaben umzusetzen. Im Ergebnis würden drei bürokratische Monster entstehen, die die Arbeit bestehender und funktionierender Einrichtungen zentralistisch blockieren und mit einer Gremieninflation ersticken. Statt der notwendigen Vernetzung von bürgerschaftlichem Engagement, kommunaler Initiativen und staatlicher Institutionen entstünden komplizierte Verwaltungseinheiten, die sich mehr mit sich selbst, als mit ihren Aufgaben beschäftigen würden.

Unter anderem wäre zu den einzelnen Vorhaben zu bemerken:

Die BStU bezieht ihre rechtliche und politische Legitimation aus dem StUG, das sie verpflichtet, Akten des MfS für genau definierte Zwecke zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Funktionen und Wirkungen des MfS. Diese Aufgaben bleiben für das nächste Jahrzehnt und länger bestehen. Die BStU kann nicht in eine Gedenkstätten- und Museumsverwaltung umfunktioniert werden, erfolgreiche selbstständige Gedenkstätten bedürfen keiner übergeordneten Verwaltung. Die in der Behörde arbeitende Abteilung „Bildung und Forschung“ bezieht ihre Legitimation aus dem Gesamtauftrag der Behörde gemäß dem StUG und verfügt daher über einen privilegierten Aktenzugang. Wenn dieser entfällt, hat diese Einrichtung keine Existenzberechtigung mehr. Auch die Forschung zu Opposition und Widerstand ist vorrangig dort anzusiedeln, wo es einen unmittelbaren Zugang zu den Akten gibt.

Die „Stiftung Aufarbeitung“ sollte als multifunktionales Instrument der Aufarbeitung und der Aufarbeitungsförderung ausgebaut werden. Mit ihren Bemühungen um die Vernetzung, Beratung und Förderung der vielfältigen Aufarbeitungsbereiche hat sie sich eine Kompetenz erworben, die weiter genutzt werden sollte. Der Versuch, unter der Trägerschaft der Stiftung eine Ausstellung zum „Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“ in einem „Haus der Aufarbeitung“ einzurichten, erinnert an die pseudowissenschaftlichen Unternehmungen, den Alltag in der DDR ohne die alltäglichen Repressionen, sozialen Mängel, Ängste und Verdrängungen zu zeichnen. Ein solcher Plan ist überflüssig und zu teuer. Niemand käme darauf, die Autobahnen und Sozialleistungen des NS-Staates unabhängig von den Repressionen der Diktatur auszustellen.

Letztens ist es schwer vorstellbar, dass im Komplex „Teilung und Grenze“ die gut arbeitende Gedenkstätte Berliner Mauer eine Koordinierungsfunktion im Rahmen einer zu gründenden Stiftung für alle anderen Gedenkstätten übernimmt. Hier würde ein Apparat entwickelt, der in der vielgliedrigen Gedenklandschaft an die Teilung völlig überflüssig ist.

Das „Bürgerbüro“ fordert, dass über die Historisierung der DDR hinausgehende Konzepte der Aufarbeitung entwickelt und debattiert werden. Dazu gehören die politischen, mentalen und gesellschaftlichen Kontinuitätslinien, Folgen und Nachwirkungen der SED-Diktatur. Zudem müssen die Situation der Opfer der kommunistischen Herrschaft sowie die Situation der SED-Funktionseleiten im Transformationsprozess Bestandteil der Aufarbeitung werden.

Das Bürgerbüro Berlin e. V. verlangt, dass alle von den Empfehlungen betroffenen Initiativen, Institutionen und Vereine gehört und berücksichtigt werden, bevor für sie existentielle Entscheidungen getroffen werden.

gez. Dr. Ehrhart Neubert (Vorsitzender )  
gez. Dr. Helmut Nicolaus (Stellv. Vorsitzender)

Für den Vorstand:  
Andreas Bertram  
Freya Klier  
Dr. Uwe Lehmann-Brauns  
Vera Lengsfeld  
Siegfried Reiprich

---

## Presseerklärung

Berlin, den 27. Januar 2006

### Bürgerbüro tief betroffen über den Tod des Altbundespräsidenten

Das Bürgerbüro zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur ist tief betroffen über den Tod des Altbundespräsidenten Johannes Rau. Johannes Rau hat sich immer wieder in Politik und Öffentlichkeit für die angemessene Würdigung der Opfer der SED-Diktatur eingesetzt.

Bei seinem Besuch im Bürgerbüro am 28. März 2001 betonte er, dass es wichtig sei, an die Leistungen der in der DDR politisch Verfolgten und die Leiden der Opfer zu erinnern. Gegenüber der Bundesregierung mahnte er wiederholt bessere Entschädigungsregelungen für die ehemals Verfolgten an.

Bärbel Bohley (Vorsitzende)  
Dr. Ehrhart Neubert (stellvertretender Vorsitzender)  
Ralf Hirsch  
Dr. Uwe Lehmann-Brauns  
Vera Lengsfeld  
Dr. Helmut Nicolaus  
Siegfried Reiprich  
Konrad Weiß  
(alle Vorstand)